

**Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz**  
(12. - öffentliche - Sitzung am 11. Juni 2018)

**Beratungsthemen:**

1. **Dicke Luft in Städten und Gemeinden: Landesregierung muss den Weg für wirksame Maßnahmen freimachen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/76](#)

**dazu:** Eingabe 277

Der Ausschuss nahm die schriftliche Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Auswertung des Bundesverwaltungsgerichtsurteils zur Luftreinhaltung in Städten (Vorlage 2) entgegen und führte darüber eine Aussprache. Die antragstellende Fraktion schlug vor, zu dem Antrag eine Anhörung durchzuführen. Hierüber soll zeitnah nach der Sommerpause 2018 entschieden werden.

2. **Unsere Gewässer vor multiresistenten Keimen schützen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/644](#)

Der Ausschuss ließ sich durch die Landesregierung und das Institut für Hygiene und öffentliche Gesundheit der Universität Bonn/Universitätsklinikum unterrichten und führte darüber eine Aussprache.

3. **Artensterben aufhalten - Insekten schützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/650](#)

Der Ausschuss nahm hierzu eine Unterrichtung entgegen, führte darüber eine Aussprache und begann mit der Vorbereitung einer Anhörung. Die Anzuhörenden sollen in der zusätzlichen Sitzung am 21. Juni 2018 nach dem Schlüssel 3/3/1/1/1 festgelegt werden.

4. **Unnötige Netzengpässe beseitigen, AKWs jetzt abschalten: Netze für erneuerbare Energien frei machen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/247](#)

Die Koalitionsfraktionen brachten zu dem Antrag einen Änderungsvorschlag ein. Auf dieser Grundlage führte der Ausschuss die Beratung durch und beschloss gegen die Stimme der Grünen mit den Stimmen der übrigen vier Fraktionen, über eine Beschlussempfehlung abzustimmen. Der Ausschuss empfahl dem Landtag sodann, den Antrag in der Fassung des Änderungsvorschlags anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* GRÜNE, AfD

*Enthaltung:* FDP

5. **Anpassung der Dümmer und Steinhuder Meer-Verordnung (DStMVO) an die aktuellen touristischen und wirtschaftlichen Belange**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/834](#)

Die antragstellende Fraktion stellte die Grundzüge des Antrags vor. Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags und erörterte Verfahrensfragen. Er bat die Landesregierung um eine Unterrichtung zu dem Antrag und nahm für die nachfolgende Zeit eine Anhörung in Aussicht.

**Außerhalb der Tagesordnung** vereinbarte der Ausschuss, am 21. Juni 2018 eine zusätzliche Sitzung durchzuführen, um Verfahrensfragen zum geplanten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung zu erörtern (Vorbereitung einer Anhörung) und um den Kreis der Anzuhörenden sowie das Datum der Anhörung zu dem unter TOP 3 behandelten Antrag festzulegen.

Ferner kam der Ausschuss vorbehaltlich der Entscheidung des Ältestenrats über die Plenarsitzungszeiträume für das Jahr 2019 überein, in der Zeit vom 22. bis 30. Juni 2019 eine parlamentarische Informationsreise nach Kanada durchzuführen.